

Stellungnahme

Eingebracht von: Pospichal, Wolfgang

Eingebracht am: 18.09.2020

Eingriff in Grundrechte durch Verwaltungsbehörden unverhältnismäßig, Betreten von Wohnungen mit Hilfe von Polizeiorganen, unbestimmte Ortsangaben, Kriterien der VO Ermächtigung zu weit, fehlende parlamentarische Kontrolle